

Hochschulen

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz**

Band (Jahr): **16/1902 (1904)**

PDF erstellt am: **19.03.2021**

Persistenter Link: <http://doi.org/10.5169/seals-15495>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

VI. Hochschulen.

40. 1. Promotionsordnung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Sektion der philosophischen Fakultät der Hochschule Zürich. (Vom 29. März 1902.)

I. Anmeldung.

§ 1. Die II. Sektion der philosophischen Fakultät erteilt die Doktorwürde (§ 138 des zürcher. Unterrichtsgesetzes):

1. infolge einer bei ihr eingereichten Bewerbung;
2. ohne vorausgegangene Bewerbung, von sich aus, auf Grund anerkannter Verdienste um die Wissenschaft (Ehrenpromotion (§ 30)).

A. Promotion infolge eingereichter Bewerbung.

§ 2. Die Bewerbung um die Promotion geschieht bei dem Dekan der Sektion durch ein schriftliches Gesuch, welchem der Bewerber beizulegen hat:

1. einen Abriß seines Bildungs- und Studienganges (curriculum vitae);
2. genügende amtliche Zeugnisse über die im curriculum vitae angegebenen Studien;
3. *a.* sofern die mündliche Prüfung in allen Fächern zugleich abgelegt wird (§ 9 *a*), eine von ihm verfaßte Abhandlung (Dissertation), welche in der Regel als Manuskript einzureichen ist, aus welcher die Befähigung des Verfassers zu selbständiger wissenschaftlicher Forschung hervorgeht und über deren Entstehung vollständig sicher stellende Ausweise vorzulegen sind; — *b.* sofern die mündliche Prüfung in Abteilungen von einem oder mehreren Fächern abgelegt wird (§ 9 *b*), so ist die Dissertation gleichzeitig mit der Anmeldung zur Schlußprüfung (§ 10) einzureichen.

§ 3. Der Bewerber hat in seinem Gesuch sein Hauptfach (§ 9), nämlich das Fach, in dem die Dissertation ausgearbeitet ist, zu bezeichnen.

§ 4. Die Sektion ist nicht verpflichtet, im laufenden Semester auf ein Promotionsgesuch einzutreten, das nicht mindestens sechs Wochen vor dem offiziellen Semesterschluß eingereicht wurde.

§ 5. Der Dekan holt über die Dissertation ein fachmännisches Gutachten ein und übermittelt dasselbe mit den übrigen Akten, sowie mit einem Antrag des begutachtenden Sektionsmitgliedes über das gesamte Promotionsgesuch, den stimmfähigen Mitgliedern der Sektion zur Abstimmung über die Zulassung zur Promotion.

Der Begutachter ist befugt, von dem Bewerber die zur Kontrolle der in der Abhandlung angeführten Untersuchungen dienenden Belege (z. B. chemische oder mikroskopische Präparate etc.) einzufordern.

§ 6. Nachdem die Zirkulation der sämtlichen Akten bei den Sektionsmitgliedern beendet ist, trifft der Dekan, insofern keine Einwendung gegen den Vorschlag des antragstellenden Sektionsmitgliedes erfolgt ist, die entsprechenden Anordnungen.

Erfolgt eine Einwendung, so sind die sämtlichen Akten vor der entscheidenden Sitzung nochmals dem antragstellenden Sektionsmitgliede zur Einsichtnahme zu unterbreiten und es entscheidet alsdann, wenn mehr als ein Antrag vorliegt, die Sektion durch einfaches Stimmenmehr über die Anträge.

II. Prüfung.

§ 7. Die Prüfung ist eine zweifache, eine schriftliche Prüfung im Hauptfache (§ 3) und eine mündliche Prüfung im Hauptfache (Klausurarbeit) und in den Nebenfächern.

§ 8. Die Aufgaben für die schriftliche Klausurarbeit werden von dem antragstellenden Sektionsmitgliede gestellt. Die Arbeit wird unter seiner Auf-

sicht ausgeführt, von ihm zensiert und vor der mündlichen Prüfung dem Dekan zugestellt, der sie den Akten einverleibt.

§ 9. Zur mündlichen Prüfung werden durch den Dekan die sämtlichen stimmfähigen Mitglieder der Sektion eingeladen.

Sie kann in allen Fächern zugleich, oder in Abteilungen von einem oder mehreren Fächern abgelegt werden.

Hierbei gelten folgende Bestimmungen:

Die Dauer der Prüfung beträgt in den Nebenfächern $\frac{1}{2}$ Stunde, im Hauptfache nach besonderer Beschlußfassung $\frac{1}{2}$ —1 Stunde.

Die Prüfung erstreckt sich:

- a. wenn die Prüfung in allen Fächern zugleich abgelegt wird:
auf das Hauptfach und drei Nebenfächer, von denen zwei in nachstehender Übersicht angegebene obligatorisch sind, während die Wahl des dritten (Freifach) dem Kandidaten freigestellt wird.

1. Hauptfach.

Mathematik
Astronomie
Physik (inkl. Mechanik)
Chemie
Chemie (phys. Richtung)
Geologie (inkl. Petrographie)
Paläontologie
Physikal. Geographie
Länderkunde (inklusive Ethnologie)
Mineralogie (inkl. Petrographie)
Allgem. Botanik (inkl. Pflanzenphysiologie)
Spezielle Botanik (inkl. Pflanzengeographie)
Zoologie
Vergleich. Anatomie
Physische Anthropologie

Obligatorische Nebenfächer.

Physik und Astronomie
Mathematik und Physik
Mathematik und Astronomie
Experimentalphysik und Mineralogie
Physik und Mathematik
Paläontologie und Mineralogie
Vergl. Anatomie, Zoologie und Geologie
Geologie und Physik
Physikalische Geographie und Geologie
Geologie und Chemie
Spezielle Botanik (inkl. Pflanzengeographie) und Zoologie (inkl. vergl. Anatomie)
Allgem. Botanik (inkl. Pflanzenphysiologie) und Zoologie (inkl. vergl. Anatomie)
Vergl. Anatomie und Botanik
Anatomie des Menschen und Zoologie
Anatomie des Menschen und vergl. Anatomie.

Außerdem werden akademische Studienausweise wenigstens über ein weiteres naturwissenschaftliches Fach der obigen Aufstellung verlangt, welches nicht mit dem freigewählten Nebenfach zusammenfallen darf.

Das Freifach kann aus allen Fächern, über welche Studienausweise verlangt werden, außerdem noch aus allen Examenfächern der medizinischen, veterinär-medicinischen Fakultät und der I. Sektion der philosophischen Fakultät gewählt werden.

Durch Sektionsbeschluß kann auch ein großes Spezialgebiet des Hauptfaches als Freifach zugestanden werden.

Die Sektion behält sich vor, in besondern Fällen eine andere Gruppierung der Nebenfächer vorzunehmen.

- b. wenn die Prüfung in Abteilungen von einem oder mehreren Fächern abgelegt wird:

auf das Hauptfach und vier Nebenfächer.

1. Hauptfach.

Mathematik
Astronomie
Physik (inkl. Mechanik)

2. Obligatorische Nebenfächer.

Physik, Astronomie, Chemie, Elemente der höhern Mathematik.
Physik, Mathematik, Chemie, Elemente der höhern Mathematik.
Mathematik, Astronomie, Chemie, Mineralogie.

1. Hauptfach.

Chemie (inkl. Stereochemie)
 Geologie (inkl. Petrographie)
 Paläontologie
 Mineralogie (inkl. Petrographie)
 Physikal. Geographie
 Länderkunde (inkl. Ethnologie)
 Allgem. Botanik (inkl. Pflanzenphysiologie)
 Spez. Botanik (inkl. Pflanzengeographie)
 Zoologie (inkl. vergl. Anatomie)
 Vergl. Anatomie
 Physische Anthropologie

2. Obligatorische Nebenfächer.

Physik, Chemie (propädeutische Prüfung), Mineralogie, Differential- und Integralrechnung
 Paläontologie, Geographie, Mineralogie, Chemie oder Physik
 Zoologie (inkl. vergl. Anatomie), Geologie, Botanik, Länderkunde
 Geologie, Chemie, Physik, Mathematik
 Geologie, Mathematische Geographie, Physik, Mathematik
 Physikalische Geographie, Geologie, Anthropologie, Botanik oder Zoologie
 Spezielle Botanik (inkl. Pflanzengeographie), Zoologie (inkl. vergl. Anatomie, Chemie, Geologie)
 Allgem. Botanik (inkl. Pflanzenphysiologie), Zoologie (inkl. vergl. Anatomie), Länderkunde, Geologie
 Paläontologie, Botanik, Chemie, Geologie oder Länderkunde
 Zoologie und Ausweise über die bestanden beiden medizinisch-propädeutischen Prüfungen
 Anatomie des Menschen, Vergl. Anatomie, Zoologie, Länderkunde (inkl. Ethnologie)

§ 10. Die Prüfung in den Nebenfächern hat der schriftlichen und mündlichen Prüfung im Hauptfache (Schlußprüfung) voranzugehen; sie kann in einzelnen Fächern oder Fächergruppen abgelegt werden. Die Reihenfolge ist freigestellt mit Ausnahme des erstgenannten Nebenfaches, das stets als letztes vor oder gleichzeitig mit dem Hauptfach geprüft werden muß.

§ 11. Die Resultate der mündlichen Prüfung werden durch Noten von 1 bis 6 festgestellt, von denen 1 die geringsten, 6 die besten Leistungen bezeichnet. Bruchzahlen sind zulässig.

§ 12. Wird die Prüfung in Abteilungen abgelegt, so wird nach jeder Prüfung dem Kandidaten das Ausgangsresultat, nicht aber die Note, durch den Dekan mündlich mitgeteilt. Eine Prüfung gilt als bestanden, wenn die Note 4 erreicht ist.

§ 13. Bei abteilungsweiser Prüfung ist vor der Schlußprüfung zuerst durch den Vertreter des Hauptfaches die Dissertation zu begutachten und dieselbe alsdann bei den stimmbfähigen Sektionsmitgliedern in Zirkulation zu setzen (§ 5).

§ 14. Ist die Dissertation angenommen, so werden die noch fälligen Prüfungen vorgenommen.

§ 15. Nach Schluß der Prüfungen und nach Anhörung des Berichtes des Referenten und Examinatoren nimmt die Sektion die endgültige Abstimmung über die Promotion des Bewerbers vor. Die Abstimmung geschieht durch Stimmzettel und es erfolgt die Promotion, wenn wenigstens zwei Drittel der stimmbfähigen Mitglieder der Sektion sich für dieselbe entscheiden.

§ 16. Gänzlicher Erlaß der schriftlichen und mündlichen Prüfung kann nur auf Ansuchen durch Sektionsbeschluß gestattet werden:

1. Denjenigen Kandidaten, welche die Diplomprüfung für das höhere Lehramt an der II. Sektion in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern mit Erfolg bestanden haben;
2. den diplomierten Schülern des eidgen. Polytechnikums, ferner den Medizinern und Pharmazeuten, welche das eidgenössische Staatsexamen bestanden haben, falls in ihren Examina in allen denjenigen Fächern und in demjenigen Umfange examiniert wurde, in denen der Kandidat beim Doktorexamen geprüft werden müßte und für welche er Studienausweise beizubringen hätte.

§ 17. Ein teilweiser Erlaß der Prüfung kann auf Ansuchen durch Sektionsbeschluß denjenigen in § 16 sub 1 und 2 genannten Kandidaten gestattet werden, welche in ihren Examina nicht in sämtlichen, durch die Promotionsordnung vorgesehenen Fächern geprüft worden sind, ferner solchen Kandidaten, welche durch ihre wissenschaftliche Betätigung oder durch ihre Stellung als Lehrer an Mittel- oder Hochschulen der Schweiz wissenschaftlich vorteilhaft ausgewiesen sind.

§ 18. Eine Promotion in absentia ist ausgeschlossen.

§ 19. Bei der Abstimmung in der Sitzung (§ 15) müssen zwei Drittel der stimmbfähigen Sektionsmitglieder anwesend sein. Das Resultat der Abstimmung wird durch den Dekan dem Kandidaten schriftlich mitgeteilt.

§ 20. Weist die Sektion den Kandidaten infolge des Ausganges der Prüfung ab, so kann sie ihm hierbei eine Frist ansetzen, nach deren Ablauf er sich von neuem zur Prüfung melden kann. Eine Wiederholung der Prüfung im gleichen Semester ist unstatthaft.

§ 21. Nach zweimaliger Abweisung des Kandidaten wird keine weitere Meldung mehr angenommen.

III. Dissertation.

§ 22. Die Promotion wird erst veröffentlicht, nachdem der Kandidat 160 Exemplare der als Inauguraldissertation gedruckten Abhandlung der Kanzlei der Universität zu Händen des Dekanates eingereicht hat.

Von den übergebenen Exemplaren erhält in der Regel der Dekan und jedes Mitglied der Sektion je zwei Exemplare, der Rektor und die Mitglieder des Erziehungsrates je ein Exemplar, ein Exemplar fällt dem Archiv der Sektion, eines dem Archiv des Senates und 80 Exemplare der Kantonsbibliothek zu. Die übrigen bleiben zur Disposition der Sektion.

§ 23. Die Dissertation ist auf dem Titel als solche zu bezeichnen, die zur Erlangung der philosophischen Doktorwürde an der Universität Zürich eingereicht wurde. Desgleichen ist auf dem Titelblatt der Name des oder der die Arbeit zur Annahme empfehlenden Referenten zu nennen.

Vor dem definitiven Druck der Dissertation ist dem Dekan ein Probeabzug des Titelblattes zur Kontrolle einzusenden, um von ihm mit dem Imprimatur versehen zu werden, falls der Abzug den Bestimmungen der Promotionsordnung entspricht.

Nachträgliche, den Inhalt der Dissertation betreffende Textänderungen, Ergänzungen oder Streichungen sind nur mit Zustimmung des oder der Referenten gestattet.

§ 24. Wenn nach Ablauf eines Jahres die Einlieferung der Druckexemplare nicht vorschriftsmäßig stattgefunden hat, wird die ganze Promotion hinfällig. Auf schriftliches Ansuchen des Kandidaten kann die Sektion eine Verlängerung der Frist bewilligen, die aber ein weiteres Jahr nicht übersteigen soll.

§ 25. Die Bekanntmachung der Promotion erfolgt durch den Dekan im Amtsblatte, sobald die Exemplare vollzählig abgeliefert sind. Sie datiert vom Tage der Ablieferung der Pflichtexemplare.

IV. Diplom.

§ 26. Nach Erfüllung aller reglementarischen Bestimmungen durch den Doktoranden verfaßt der Dekan das Diplom gemäß dem Beschlusse der Sektion und läßt davon 25 Exemplare drucken. Ein Exemplar, das Originaldiplom, wird einerseits vom Rektor, anderseits vom Dekan unterzeichnet, mit dem Siegel der Hochschule und demjenigen der Fakultät versehen und dem Promovierten zugestellt. Von den übrigen Abzügen erhält jedes Mitglied der Sektion ein Exemplar, eines kommt in das Archiv der Sektion, eines in dasjenige des Senates, eines ans schwarze Brett.

Das Diplom wird nur in deutscher Sprache abgefaßt.

Besondere Noten werden auf den Diplomen nicht ausgesetzt, dagegen behält sich die Sektion vor, in Fällen von besonders tüchtigen Leistungen auszeichnende Prädikate auf dem Diplom anzubringen, die sich entweder auf die Dissertation allein oder auf die Prüfung allein oder auf beide zusammen beziehen können.

§ 27. Die Gesamtgebühren für die Promotion ohne Erlaß oder Reduktion der Prüfung betragen 380 Franken. Für Kandidaten, welchen ein Erlaß oder eine Reduktion der Prüfungen gewährt ist, tritt eine Rückvergütung der Gebühren nach Maßgabe der erlassenen Fächer ein. Die in solchen Fällen zu entrichtenden Gebühren betragen jedoch im Minimum Fr. 230.

Die betreffende Summe ist, wenn die Prüfung in allen Fächern zugleich abgelegt wird, von dem Bewerber bei Eingabe der Akten der Kanzlei der Universität einzuhändigen.

Wird die mündliche Prüfung in Abteilungen von einem oder mehreren Fächern abgelegt, so sind von den Kandidaten bei der Anmeldung für das erste Prüfungsfach Fr. 50 (Fr. 40 Promotions- und Fr. 10 Prüfungsgebühren), für jedes weitere Fach jeweilen vor der Prüfung Fr. 10 als Prüfungsgebühren der Universitätskanzlei zu entrichten, der Rest bei der Anmeldung zur Schlußprüfung.

Die für mündliche Einzelprüfungen bezahlten Prüfungsgebühren bleiben mit Einschluß der bei der ersten Anmeldung einbezahlten Fr. 40 Promotionsgebühr für alle Fälle verfallen.

§ 28. Wird die Dissertation des Kandidaten als unzureichend zurückgewiesen, so bleiben von den Promotionsgebühren Fr. 100 verfallen. Wurde die Dissertation angenommen, hat aber der Kandidat die schriftliche Prüfung nicht bestanden, so bleiben von der eingezahlten Summe Fr. 200 verfallen, der Rest wird zurückbezahlt. Hat jedoch der Kandidat nach Annahme der Dissertation und Absolvierung der schriftlichen Prüfung das mündliche Schlußexamen nicht bestanden, so bleibt die ganze Summe verfallen. Dagegen ist eine eventuelle Wiederholung der Prüfung in diesem Falle unentgeltlich.

§ 29. Der Doktorand hat die Druckkosten seiner Abhandlung und des Diploms zu bestreiten und es können auf seinen Wunsch außer den vorgeschriebenen 25 Exemplaren eine beliebige Anzahl von Abzügen des letztern auf seine Kosten angefertigt werden.

Die Diplomkosten sind bei Empfang des Diploms der Kanzlei zu entrichten.

B. Promotion ohne vorangegangene Bewerbung. (Ehrenpromotion.)

§ 30. Der Sektion steht die Befugnis zu (§ 1, Ziff. 2), für anerkannte Verdienste um die Wissenschaft die Doktorwürde ehrenhalber ohne vorangegangene Bewerbung unentgeltlich zu erteilen.

§ 31. Der Antrag zu einer solchen Ehrenpromotion muß von einem stimmfähigen Mitgliede der Sektion schriftlich bei dem Dekane gestellt und begründet werden.

§ 32. Der Dekan setzt die stimmfähigen Mitglieder der Sektion von dem Antrage in Kenntnis und ladet dieselben zu einer Sitzung ein, in welcher darüber entschieden werden soll. Für diese Sitzung ist die Anwesenheit von mindestens $\frac{3}{4}$ der stimmfähigen Sektionsmitglieder erforderlich. Die Entscheidung über den Antrag findet durch geheime Abstimmung statt. Erklärt sich hierbei mehr als eine Stimme gegen die Promotion, so wird diese nicht vollzogen.

§ 33. Über die Abfassung des Diploms entscheidet die Sektion und die Bekanntmachung erfolgt im Amtsblatt. Die Kosten des Diploms trägt die Staatskasse.

§ 34. Durch gegenwärtige Promotionsordnung wird diejenige vom 10. Juni 1899 aufgehoben.

41. 2. Verordnung betreffend das kantonale Tierspital in Zürich. (§ 4 des Gesetzes betreffend die Vereinigung der Tierarzneischule mit der Hochschule vom 2. Juni 1901; — vom 3. Juli 1902.)

A. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. In Verbindung mit der veterinär-medizinischen Fakultät der Hochschule besteht ein Tierspital, dem eine konsultative und eine ambulatorische Klinik angegliedert sind.

Die Verwaltung des Tierspitals bildet einen besondern Verwaltungszweig der Direktion des Erziehungswesens.

§ 2. Die dem Regierungsrat zustehende Oberaufsicht über das Tierspital und die Kliniken wird zunächst ausgeübt durch die Direktion des Erziehungswesens. Dieser wird eine Aufsichtskommission beigegeben, die aus dem Erziehungsdirektor als Präsident und vier weiteren, vom Regierungsrate gewählten Mitgliedern besteht, von denen mindestens eines ein diplomierter Tierarzt sein muß. Der Kommission liegt ob, die Verwaltung und Leitung des Tierspitals zu überwachen und sich durch Besuche vom Gang der Anstalt Kenntnis zu verschaffen; bei ihren Sitzungen haben der Dekan der veterinär-medizinischen Fakultät und der Direktor des Tierspitals beratende Stimme.

B. Tierspital.

§ 3. Das Tierspital ist bestimmt, kranke Tiere jeglicher Art zur Untersuchung, Beobachtung und Behandlung aufzunehmen, seuchenkranke und -verdächtige Tiere abzusperren und Versuchs-, bezw. Kontroll-Tiere, welche Unterrichts und Demonstrationszwecken der veterinär-medizinischen Fakultät dienen, zu beherbergen. Die Aufnahme gesunder Tiere zum Zwecke der Verpflegung ist ausgeschlossen.

Das Krankenmaterial ist den Kliniken zu Unterrichts- und Forschungszwecken zur Verfügung zu stellen, soweit dies die Interessen der Tierbesitzer und der Patienten gestatten.

§ 4. Die ärztliche Besorgung der Patienten des Tierspitals liegt den Lehrern des klinischen Unterrichtes, deren einer als Direktor des Spitals zu funktionieren hat, und ihren Assistenten ob.

§ 5. Der Direktor des Tierspitals wird vom Regierungsrate auf den Vorschlag der Erziehungsdirektion aus den klinischen Lehrern der Fakultät gewählt.

Den Lehrern der medizinischen und der chirurgischen Klinik wird je ein Assistent beigegeben, der nach eingeholtem Gutachten der ersteren auf den Vorschlag der Erziehungsdirektion vom Regierungsrate gewählt wird. Dem einen dieser Assistenten kann die spezielle Besorgung des Spitals kleiner Haustiere übertragen werden.

Im Bedürfnisfalle können von der Direktion des Erziehungswesens auf den Vorschlag der Kliniker auch Unter-Assistenten ernannt werden.

§ 6. Die Amtsdauer des Direktors des Tierspitals fällt zusammen mit der Amtsdauer der kantonalen Verwaltungsbeamten. Die Assistenten werden in der Regel auf einjährige Amtsverpflichtung, die Unter-Assistenten auf unbestimmte Zeit ernannt.

§ 7. Direktor und Assistenten müssen geprüfte Tierärzte sein; an die Stellen der Unter-Assistenten können auch Studierende der Veterinärmedizin gewählt werden, die sich über wissenschaftliche und praktische Befähigung und über den vorausgegangenen Besuch von mindestens zwei Semestern klinischen Unterrichtes ausweisen.

§ 8. Die Assistenten sind unter Erfüllung der sonstigen, für die Lehrbefugnis nötigen Voraussetzungen berechtigt, an der Hochschule zu lehren und im Einverständnis mit den Klinikern die den letztern unterstellten Spitalabteilungen zu Unterrichtszwecken zu benutzen.

§ 9. Mit Ausnahme amtlicher Funktionen und spezieller Betätigung bei militärischen, gerichtlichen und außergerichtlichen Begutachtungen sowie bei Konsultationen (Raterteilung neben einem behandelnden Tierarzte) ist den Ärzten des Tierspitals die Ausübung von Privatpraxis untersagt, bzw. ist eine entsprechende Betätigung nur im Interesse und auf Rechnung des Tierspitals zulässig.

§ 10. Die Assistenten sind zur Teilnahme an den klinischen Visiten ihrer Abteilungen verpflichtet; sie sind für die Durchführung der getroffenen Anordnungen verantwortlich. Dieselben haben im fernern, soweit dies ihre Betätigung im Tierspital zuläßt, in der konsultatorischen und ambulatorischen Klinik mitzuwirken. Dabei ist darauf zu halten, daß die letztgenannte Tätigkeit nicht in die Zeit der Klinik fällt.

Die klinischen Lehrer sorgen dafür, daß über sämtliche behandelte Patienten genaue Tabellen und Krankengeschichten geführt werden, die als Eigentum der Anstalt aufzubewahren sind.

Die Assistenten unterstützen die Kliniker in der Beaufsichtigung und Führung der Sammlungs-, insbesondere der Instrumenteninventare. Sie haben in abwechselnder Reihenfolge den Abend- und Nachtdienst im Spital zu versehen.

§ 11. Im Verhinderungsfalle des Direktors übernimmt ein Assistenztierarzt die Stellvertretung; erstreckt sich die Dauer der Abhaltung auf mehr als fünf Tage, so ist der nötige Urlaub bei der Erziehungsdirektion nachzusuchen. Den Assistenten kann von den Klinikern Urlaub bis auf acht Tage erteilt werden; für längere Abwesenheit, insbesondere bei Leistung von Militärdienst, ist die Bewilligung der Erziehungsdirektion erforderlich.

§ 12. Für das Tierspital, bzw. für die gesamten Anstalten der veterinärmedizinischen Fakultät wird ein Verwalter angestellt, der auf Vorschlag der Erziehungsdirektion vom Regierungsrate auf eine Amtsdauer von drei Jahren gewählt wird.

Der Verwalter steht unter dem Direktor des Tierspitals; er besorgt Ökonomie und Rechnungsstellung der gesamten Anstalt, beaufsichtigt das Dienstpersonal und überwacht mit dem Krankenwärter die Ausführung der von den Klinikern bzw. den Assistenten getroffenen Anordnungen in Bezug auf Fütterung und Pflege der Patienten. Er besorgt ferner die durch den Betrieb des Tierspitals notwendig werdenden Korrespondenzen, Militärberichte, Berichterstattungen etc., soweit sie ihm von der Direktion zugewiesen werden. Der Verwalter leistet eine Bürgschaft im Betrage von 5000 Franken. Im übrigen setzt ein vom Regierungsrate erlassenes Reglement Befugnisse und Pflichten des Verwalters fest.

§ 13. Die Ausführung der von den klinischen Lehrern und Assistenten getroffenen Anordnungen bezüglich Wartung und Fütterung der Patienten wird besonders Krankenwärtern übertragen.

Die gesamte ärztliche Besorgung der Patienten kann auch einem die Klinik besuchenden Studierenden unter direkter Überwachung durch den Assistenten übergeben werden.

§ 14. Die Anstellung und Entlassung der für die Fütterung und allgemeine Pflege der Patienten nötigen Wärter erfolgt unter Genehmigung der Direktion des Tierspitals durch die Verwaltung.

§ 15. Das Tierspital hat eine eigene Apotheke; den Arzneibedarf liefert die Kantonsapothek. Immerhin ist die Leitung des Spitals berechtigt, in Notfällen einzelne Medikamente aus einer näherliegenden Apotheke zu beziehen.

§ 16. Beim Eintritt von Patienten sind dieselben einem Lehrer der Klinik oder einem Assistenten anzumelden, der die Voruntersuchung macht und die zur Aufnahme nötigen Anordnungen trifft.

Tiere, welche durch amtliche Verfügung der zuständigen Behörden dem Spital zugeführt werden, sind ohne weiteres aufzunehmen.

Ärztlicher Behandlung bedürftige Patienten von Privaten, sowie Tiere, welche zum Zwecke bloßer Konsultation hergebracht werden, sind in der Regel ebenfalls zuzulassen. Dagegen können solche Tiere im Falle von Platzmangel zurückgewiesen werden, insbesondere, wenn eine Absonderung derselben erforderlich wäre.

§ 17. In der Regel liefert das Tierspital die nötigen Utensilien für die Installierung der aufgenommenen Patienten.

§ 18. Beim Eintritt von Tieren ist darauf zu halten, daß die Kurkosten sicher gestellt werden. In der Regel ist, namentlich bei mutmaßlich längerem Aufenthalt, entsprechende Voraussbezahlung zu verlangen.

Für die von der eidgenössischen Kriegsverwaltung eingestellten Militärpferde richtet sich die Rechnungsstellung nach den Vorschriften des Bundes.

§ 19. Für die Patienten des Tierspitals ist für Verpflegung und Behandlung eine Tagestaxe anzusetzen, wobei die Tage des Ein- und Austrittes voll berechnet werden. Für besonders wichtige Fälle, die bedeutenden Aufwand von Mühe und Kosten erheischen, oder die Durchführung wichtiger Operationen notwendig machen, können Zuschläge nach Maßgabe der kantonalen Medizinaltaxordnung in Rechnung gebracht werden.

Die Tagestaxen betragen: für Pferde 2 Fr. 50 Rp. bis 3 Fr. 50 Rp., für Rindvieh 1 bis 2 Fr., für Schafe und Ziegen 30 bis 50 Rp., für Hunde und Katzen 50 Rp. bis 2 Fr., für andere Tiere je nach Besonderheit der Verhältnisse.

Tierbesitzer, welche Anspruch auf Reduktion der Verpflegungskosten erheben, haben sich hierfür unter Angabe der Gründe bei der Leitung des Tierspitals zu verwenden. Der Entscheid steht der Aufsichtskommission zu.

§ 20. Im Falle von Platzmangel ist die Direktion des Tierspitals unter Genehmigung durch das Präsidium der Aufsichtskommission berechtigt, auswärts die nötigen Räumlichkeiten zu mieten.

§ 21. Die Lieferung der Fourage wird in der Regel auf dem Wege der Konkurrenz vergeben.

C. Konsultatorische Klinik.

§ 22. Jedermann ist berechtigt, Tiere zum Zweck bloßer Konsultation in der Anstalt vorzuführen. Die Lehrer der Klinik und ihre Assistenten, wie auch die übrigen Fachlehrer sind zur Erteilung von Konsultationen verpflichtet.

§ 23. Die Konsultationen (Untersuchung und Raterteilung) sind vormittags von 9 bis 12 Uhr unentgeltlich. Operationen dagegen, Abgabe von Arzneien und Konsultationen außerhalb der festgesetzten Zeit werden nach Maßgabe der kantonalen Taxordnung berechnet.

Über die Konsultationen ist Protokoll zu führen; sie sollen den Zwecken des Unterrichts soviel als möglich dienstbar gemacht werden.

D. Ambulatorische Klinik.

§ 24. Das Tierspital hat auch die Untersuchung und Behandlung kranker Tiere außerhalb der Anstalt bei den betreffenden Besitzern zu übernehmen; hierfür ist diesen in üblicher Art, bezw. nach Maßgabe der kantonalen Verordnung zu gunsten des Tierspitals Rechnung zu stellen.

§ 25. Die ambulatorische Klinik wird von dem besondern, hierfür bestimmten Fachlehrer besorgt. Nötigenfalls haben sich auch die Lehrer der stationären Klinik und ihre Assistenten bezüglich Anforderungen zu unterziehen (§§ 9 und 10).

§ 26. Über das Material der ambulatorischen Klinik ist Protokoll zu führen; es soll wie dasjenige der stationären Kliniken (§ 3) und der konsultatorischen Klinik (§ 22) zu Unterrichts- und Forschungszwecken verwendet und namentlich für die praktische Ausbildung der Studierenden benutzt werden.

§ 27. Die Art der Betätigung von Lehrern und Studierenden in der ambulatorischen Klinik ordnet ein vom Erziehungsrate zu erlassendes Reglement.

E. Schlußbestimmung.

§ 28. Diese Verordnung tritt nach ihrer Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.

42. 3. Reglement für das Institut für Veterinär-Anatomie und -Physiologie der Hochschule Zürich. (Vom 3. Juli 1902.)

§ 1. Das Institut für Veterinär-Anatomie und -Physiologie der Hochschule dient für den praktischen Unterricht und für wissenschaftliche Forschungen. Demselben stehen außer dem Hörsaal und dem Lehrerzimmer (eventuell gemeinsam mit dem veterinär-pathologischen Institut) zur Verfügung: ein Präpariersaal, ein physiologisches Laboratorium, sowie die nötigen Räumlichkeiten für die Sammlungen und die Versuchstiere.

§ 2. Das Institut ist der Aufsichtskommission der medizinischen und naturwissenschaftlichen Sammlungen unterstellt und wird geleitet durch den Lehrer der Anatomie der veterinär-medizinischen Fakultät. Dem Vorsteher sind beigegeben; ein Prosektor für Anatomie, der in der Regel zugleich die Stelle eines Assistenten für Physiologie bekleidet, und ein Anatomiediener, der identisch sein kann mit dem Abwart des pathologischen Institutes.

§ 3. Dem Vorsteher des anatomisch-physiologischen Instituts liegt ob:

- a. die Leitung der praktischen Kurse und der Forschungsarbeiten;
- b. die Instandhaltung und Äufnung der Sammlung für Anatomie und Physiologie;
- c. die Führung des Inventars über die Sammlung und die Gebrauchsgegenstände des Instituts;
- d. die Aufstellung des Jahresbudget über die Betriebskosten, sowie die Rechnungsstellung am Schlusse des Jahres zu Händen der Erziehungsdirektion.

§ 4. Der Prosektor wird auf Antrag des Vorstehers von der Erziehungsdirektion ernannt. Derselbe betätigt sich an der Leitung der Präparierkurse und assistiert nach Bedürfnis bei den anatomischen und physiologischen Arbeiten und Vorbereitungen.

Unter Erfüllung der sonstigen, für die Lehrbefähigung nötigen Voraussetzungen ist der Assistent berechtigt, an der Hochschule zu lehren.

§ 5. Der Abwart wird auf Vorschlag des Vorstehers des pathologischen und anatomischen Institutes vom Regierungsrate gewählt. Seine Pflichten werden durch eine besondere Dienstordnung geregelt.

§ 6. Dieses Reglement tritt nach seiner Genehmigung durch den Regierungsrat sofort in Kraft.

43. 4. Reglement für das veterinär-pathologische Institut der Hochschule Zürich. (Vom 3. Juli 1902.)

§ 1. Zum Zwecke der Beschaffung der nötigen Untersuchungsmaterialien für den Unterricht und die praktischen Kurse in der Veterinärpathologie, sowie für wissenschaftliche Untersuchungen besteht an der veterinär-medizinischen Fakultät der Hochschule Zürich ein veterinär-pathologisches Institut.

Demselben werden folgende Lokalitäten zugewiesen: ein Lehrerzimmer, ein Sektionslokal, ein bakteriologisches und photographisches Laboratorium, sowie die nötigen Räumlichkeiten für Sammlungen, Utensilien und Apparate und zur Unterbringung von Versuchstieren.

§ 2. Das Institut ist der Aufsichtskommission der medizinischen und naturwissenschaftlichen Sammlungen unterstellt. Demselben steht der Lehrer für allgemeine Pathologie der veterinär-medizinischen Fakultät als Leiter vor, welchem ein Assistent und ein Abwart beigegeben sind.

§ 3. Dem Vorsteher des Institutes liegt ob:

- a. die Leitung der praktischen Kurse und der Forschungsarbeiten;
- b. die Untersuchung von Kadavern und Präparaten, sowie die eventuell notwendige Berichterstattung über den Befund;
- c. die Instandhaltung und Äufnung der Sammlung für allgemeine Pathologie;
- d. die Führung des Inventars über die Sammlung und die Gebrauchsgegenstände des Institutes;
- e. die Aufstellung des jährlichen Voranschlages über die Betriebskosten, sowie die Rechnungsstellung am Schlusse eines Jahres an die Erziehungsdirektion.

§ 4. Der Assistent wird auf Antrag des Vorstehers von der Erziehungsdirektion ernannt.

Derselbe hat bei den Arbeiten im Institut behülflich zu sein; es können ihm aber auch einzelne Arbeiten zur selbständigen Ausführung übertragen werden.

Er überwacht ferner die Tätigkeit der Studierenden im Laboratorium und führt Buch über deren Bezüge aus dem Institut.

Unter Erfüllung der sonstigen, für die Lehrbefugnis nötigen Voraussetzungen ist der Assistent berechtigt, an der Hochschule zu lehren.

§ 5. Der Abwart wird auf den Vorschlag des Vorstehers des anatomischen und pathologischen Institutes vom Regierungsrate gewählt; seine Pflichten werden durch eine besondere Dienstordnung geregelt.

§ 6. Die dem veterinär-pathologischen Institute zugewiesenen Untersuchungen werden in der Regel unentgeltlich ausgeführt. Wo eine größere Inanspruchnahme an Arbeit und Material nötig wird, findet eine billige Berechnung der Kosten statt; die hieraus erzielten Erträge fallen in die Kasse des Institutes.

§ 7. Dieses Reglement tritt nach seiner Genehmigung durch den Regierungsrat sofort in Kraft.

44. 5. Beschluß des Erziehungsrates des Kantons Zürich betreffend die Seminarbibliotheken der Hochschule. (Vom 22. November 1902.)

Für die Organisation und Verwaltung der Seminarbibliotheken der Hochschule Zürich werden nachfolgende Grundsätze aufgestellt.

1. Die Anschaffungen für die Seminarbibliotheken haben sich auf solche für die Seminarübungen notwendige literarische Erzeugnisse zu beschränken, welche entweder in den hiesigen Bibliotheken für permanente Lehrzwecke nicht erhältlich gemacht werden können oder hierfür nicht in der erforderlichen Anzahl zur Verfügung sind oder auch im Preise so hoch zu stehen kommen, daß deren Anschaffung den Studierenden nicht zugemutet werden kann (Hand- und Wörterbücher, Nachschlagewerke).

Zeitschriften dürfen nur ausnahmsweise und nach Verständigung mit dem Oberbibliothekar der Kantonsbibliothek gehalten werden.

2. Soweit die Seminarbibliotheken infolge von Schenkungen und Zuwendungen außer den in Ziffer 1 genannten noch anderweitige Werke enthalten, ist nach Verständigung mit den betreffenden Donatoren eine Übertragung an die Kantonsbibliothek vorzunehmen.

Die Vorstände der Seminarbibliotheken haben sich zu diesem Zwecke sofort mit dem Oberbibliothekar der Kantonsbibliothek in Verbindung zu setzen, damit

die bezüglichlichen Übertragungen im Laufe des Wintersemesters 1902/03 ausgeführt werden können.

Allfällig weitere Schenkungen sind in gleicher Weise zu erledigen.

3. Die Benutzung der Seminarbibliotheken darf in der Regel nur in den zur Verfügung stehenden Seminarräumen geschehen; nur ausnahmsweise dürfen Bücher nach Hause genommen werden.

4. Über den Bibliothekbestand ist ein Katalog zu führen; die Anschaffungen und Schenkungen sind jeweilen auf Ende des Semesters der Leitung des Zentralzettelkataloges zum Zwecke der Vormerknahme in dem letztern zur Kenntnis zu bringen.

Es wird den Vorständen der Seminarbibliotheken anheimgestellt, den Oberbibliothekar der Kantonsbibliothek auf Anschaffungen, die eventuell auch den Seminarien dienen können, rechtzeitig aufmerksam zu machen.

5. Der für die Bibliotheken auszusetzende jährliche Kredit wird im ganzen auf 1200 Franken angesetzt; der Jahresbeitrag an eine einzelne Bibliothek beträgt im Maximum 250 Franken. Wo Zuwendungen aus hiefür bestimmten Stiftungen oder Schenkungen gemacht werden (wie z. B. bei der juristischen und der historischen Seminarbibliothek), werden keine oder nur reduzierte Staatsbeiträge ausgerichtet.

6. Aus den gewährten Krediten sind sämtliche Auslagen für die Bibliotheken zu decken. Gratifikationen für Besorgung der Bibliothek dürfen nur ausnahmsweise und nur nach Verständigung mit der Erziehungsdirektion ausgerichtet werden; dieselben fallen auf alle Fälle zu Lasten des Bibliothekskredites.

7. Die Seminarvorstände haben alljährlich unter Benutzung des hierfür bestimmten Formulars Bericht und Rechnung über die ihnen unterstellten Bibliotheken bis zum 15. Januar der Erziehungsdirektion einzureichen.

45. 6. Wegleitung für Studierende der Journalistik an der Hochschule in Zürich. (Vom 13. Dezember 1902.)

A. Den Studierenden der Journalistik beider Richtungen gemeinsame fachtechnische und allgemeine Vorlesungen:

1. Fachtechnische Vorlesungen: Geschichte der Presse; Technik der Presse; Urheber- und Preßrecht; journalistische Übungen.

2. Allgemeine Vorlesungen: Allgemeine Geschichte der neuern und neuesten Zeit; allgemeine und schweizerische Kulturgeschichte; deutsche Literaturgeschichte; Geschichte der neuern Philosophie; Logik; dialektische Übungen; stilistische Übungen; fremdsprachliche Übungen.

B. Für Journalisten der politischen Richtung:

1. Staatsrechtlich-politische Fächer: Rechtsgeschichte; allgemeine Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte; schweizerische Verfassungsgeschichte; schweizerische Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der neuern Zeit; allgemeine Rechtslehre; allgemeines und schweizerisches bzw. kantonales Staats- und Verwaltungsrecht; Politik; Völkerrecht und diplomat. Geschichte; Geschichte der sozialen und politischen Ideen; öffentlich-rechtliche Übungen.

2. Nationalökonomische Fächer: Allgemeine Nationalökonomie; praktische Nationalökonomie; Finanzwissenschaft; Statistik; Wirtschaftsgeschichte; volkswirtschaftliche und statistische Übungen.

C. Für Journalisten der feuilletonistischen Richtung:

1. Philosophisch-ästhetische Fächer: Ästhetik; Psychologie; Ethik.

2. Literargeschichtliche Fächer: Französische, italienische, englische Literaturgeschichte vom XVII.—XIX. Jahrhundert; allgemeine moderne Literaturgeschichte; das moderne Theater.

3. Kunstgeschichtliche Fächer: Geschichte der griechischen Skulptur; Geschichte der mittelalterlichen Baukunst; Geschichte der neuern und neuesten Kunst; Musikgeschichte.

Diejenigen Studierenden der politischen Journalistik, welche den Grad eines doctor juris publici et rerum cameralium erwerben wollen, finden die für dieses Examen erforderlichen, der Gruppe B angehörenden Fächer in den Promotionsbedingungen der staatswissenschaftlichen Fakultät bezeichnet.

Die Studierenden der feuilletonistischen Richtung werden auf die Promotionsbedingungen der philosophischen Fakultät, I. Sektion, aufmerksam gemacht.

Von besonderem Interesse für Journalisten ist der Beschluß der philosophischen Fakultät, I. Sektion, wonach außer den in den Promotionsbedingungen genannten Fächern auch Nationalökonomie als Hauptfach oder Nebenfach zugelassen wird. Dagegen behält sich die Fakultät vor, in jedem einzelnen Falle die Fächerkombination zu genehmigen.

46. 7. Reglement für die Laboratorien der Hochschule von Bern. (Vom 20. August 1902.)

I. Innere Ordnung.

§ 1. Jedes Laboratorium steht unter der Leitung des Hochschullehrers, für dessen Unterricht es erstellt worden ist.

§ 2. Der betreffende Professor wacht darüber, daß das Laboratorium stets in gutem, reinlichem Zustand erhalten werde und erläßt behufs Verhütung von Beschädigungen am Gebäude, an den Gas- und Wasserleitungen und am Mobiliar die nötigen Weisungen.

§ 3. Der Professor sorgt dafür, daß mit dem Gas- und Wasserverbrauch kein Mißbrauch getrieben und daß bei Anwendung von Chemikalien u. dgl. Sparsamkeit beobachtet wird.

§ 4. Der Professor ist für die Folgen von arger Nachlässigkeit im Betrieb des Laboratoriums, wie Offenlassen von Wasser- und Gasleitungen nach den Übungen, persönlich verantwortlich.

§ 5. Die Laboratorien dürfen nicht vor 7 Uhr morgens im Sommer und vor 8 Uhr morgens im Winter geöffnet werden; sie sind spätestens um 6 Uhr abends zu schließen.

§ 6. Die Laboratorien werden an den Sonntagen und Feiertagen geschlossen, und es darf an diesen Tagen daselbst nicht gearbeitet werden.

§ 7. Desgleichen werden die Laboratorien während der Hochschulferien geschlossen.

Ausgenommen von dieser Maßregel sind die den Professoren zu ihrem persönlichen Gebrauch gestellten Laboratorien, die Laboratorien der Kliniken und diejenigen, in denen von Professoren Ferienkurse gehalten werden, welche von der Direktion des Unterrichtswesens bewilligt worden sind.

§ 8. Es ist untersagt, in den allgemeinen Arbeitssälen schädliche Stoffe außerhalb der geschlossenen Abzüge zu verdampfen oder herzustellen.

§ 9. Die Professoren sind befugt, für durch die Studierenden begangene Nachlässigkeiten und Mißbräuche in der Benützung der Laboratorien Bußenbestimmungen zu erlassen.

Die Bußen werden zu Anschaffungen für die Institutsbibliothek verwendet.

II. Laboratoriumsgebühren.

§ 10. Apparate und Chemikalien werden vom Laboratorium geliefert. Ein genaues Inventar wird gleich zu Anfang jedes Semesters an jedem Platz aufgestellt. Reklamationen werden nur unmittelbar nach der Übernahme berücksichtigt. Das Unbeschädigte wird zurückgenommen, jedoch nur in reinem und trockenem Zustande. Das Beschädigte oder Verbrauchte ist von den Prakti-

kanten nach bestimmtem Tarife zu bezahlen. Größere Chemikalien werden nicht berechnet.

§ 11. Bevor die Übernahme des Arbeitsplatzes im Laboratorium erfolgen kann, hat jeder Praktikant bei der Hochschulverwaltung eine bestimmte Summe (Analytiker Fr. 20, Präparanden und Doktoranden Fr. 50) zu hinterlegen und die Quittung darüber dem Laboratoriumsvorstande vorzuweisen. Sobald die von einem Praktikanten entnommenen Gegenstände, welche nebst dem Kostenbetrag in einem Büchlein einzutragen und vom Praktikanten als empfangen zu quittieren sind, mit dem Ersatz für allfällig beschädigte Gegenstände die deponierte Summe erreichen, so wird der Praktikant davon in Kenntnis gesetzt, und er hat eine zweite Zahlung von Fr. 20 resp. Fr. 50 zu leisten und so fort. Geschieht das nicht, so hört die Lieferung von Material durch das Laboratorium auf. Am Ende des Semesters zahlt die Hochschulverwaltung den die Rechnung des Laboratoriums übersteigenden Überschuß heraus.

§ 12. Dieses Reglement tritt sogleich in Kraft. Es ist in die Gesetzesammlung aufzunehmen. Durch dasselbe wird das Reglement vom 21. April 1897 für die Laboratorien der Hochschule aufgehoben.

47. 8. Beschluß des Erziehungsrates des Kantons Baselstadt betreffend Änderung der „Ordnung über den Betrag und die Entrichtung der Kollegiengelder vom 27. März 1890“. (Vom 5. April 1902.)

Das Honorar für die nachfolgenden praktischen Kurse beträgt:

Für die Sezierübungen Fr. 40 (30).

Für pathologisch-histologische Untersuchungen Fr. 15 für den zweistündigen, Fr. 25 für den vierstündigen Kurs.

Für den chirurgischen Operationskurs Fr. 30 (25).

Für den geburtshülflichen und gynäkologischen Kurs Fr. 15 (10), sofern dreistündig gehalten.

Für den ophthalmologischen Kurs und für den Augenoperationskurs je Fr. 5 für die wöchentliche Stunde.

48. 9. Règlement du Séminaire de français moderne de l'Université de Genève. (Du 31 janvier 1902.)

Chapitre premier. — Dispositions générales.

Le Séminaire de français moderne a pour but d'exercer les étudiants de langue étrangère et les maîtres et maîtresses de français à l'étranger à la pratique et à l'enseignement de la langue française moderne. A ceux d'entre eux qui ont suivi le plan d'études du Séminaire au moins pendant le semestre d'hiver et qui ont subi avec succès les épreuves de l'examen, la Faculté délivre un certificat d'aptitude à l'enseignement du français moderne.

Les Cours de vacances sont destinés soit aux étudiants qui passent leurs vacances à Genève, soit aux maîtres étrangers qui enseignent la langue française et qui ne peuvent faire à Genève qu'un séjour de quelques semaines pour s'exercer à la mieux parler.

La direction du Séminaire et des Cours de vacances est confiée à une commission qui porte le nom de Commission du Séminaire de français moderne. Elle est nommée par la Faculté, sous réserve de l'approbation du Département. En font partie de droit, outre le Doyen, les Professeurs de la Faculté qui enseignent au Séminaire et aux Cours de vacances. Elle désigne chaque année l'un de ses membres pour lui servir de secrétaire et remplir les fonctions d'administrateur du Séminaire et des Cours de vacances.

Chapitre II. — *Corps enseignant.*

L'enseignement est donné par les professeurs de l'Université et par des assistants ou maîtres auxiliaires choisis par la Commission de préférence parmi les privat-docents. Ces choix sont soumis à l'approbation du Département.

Une indemnité est accordée aux professeurs qui enseignent au Séminaire et aux Cours de vacances, ainsi qu'à l'administrateur. Le montant de ces indemnités et le traitement des maîtres auxiliaires seront fixés chaque année, par le Département de l'Instruction publique, sur le préavis de la Commission du Séminaire d'après le produit des inscriptions perçues par le Séminaire et les Cours de vacances.

Chapitre III. — *Enseignement.*

L'enseignement du Séminaire est divisé en deux semestres (voir Règlement de l'Université, art. 1^{er}).

Les conférences du semestre d'hiver commencent le 23 octobre et finissent le 15 mars. Les conférences du semestre d'été commencent avec le semestre et finissent le 1^{er} juillet.

Les Cours de vacances durent six semaines, entre le 15 juillet et le 30 août.

L'examen pour le certificat d'aptitude a lieu dans la dernière semaine du semestre d'hiver, c'est-à-dire entre le 15 et le 22 mars. La date en est annoncée un mois à l'avance.

Pour les membres réguliers du Séminaire qui auront prolongé leurs études préparatoires pendant le semestre d'été, la Commission pourra ouvrir à la fin de ce semestre une session extraordinaire d'examen du certificat.

L'enseignement, fondé sur la collaboration des membres avec les professeurs, comprend les matières suivantes:

Littérature française moderne; Civilisation et institution des pays de langue française dans les temps modernes; Phonologie, grammaire et vocabulaire français, depuis le XVI^{me} siècle; Phonologie du français, diction et prononciation; Rhétorique et composition; Méthodes d'enseignement.

Chapitre IV. — *Des membres du Séminaire.*

Sont admis à faire partie du séminaire:

1. Les étudiants ou étudiantes de l'Université;
2. Les personnes qui possèdent un grade universitaire ou qui sont en fonctions comme directeurs ou maîtres dans un établissement d'instruction publique.
3. Les institutrices munies d'un diplôme d'Etat.

Tous les membres du Séminaire doivent être immatriculés dans l'une des Facultés de l'Université.

Ils sont répartis en membres *réguliers* et membres *libres*.

Les membres *réguliers* doivent être munis d'un diplôme correspondant au certificat de maturité de la section classique, de la section réelle ou de la section pédagogique du Gymnase de Genève, ou justifier d'études équivalentes.

Ils doivent en outre avoir fait avant le semestre où a lieu l'examen deux semestres au moins d'études universitaires ou acquis l'expérience de l'enseignement. Ils doivent enfin fournir la preuve qu'ils ont étudié la grammaire historique du français. Ceux des candidats qui n'auraient pas un diplôme équivalent à la maturité classique ou réelle du Gymnase de Genève, subiront un examen préliminaire de latin.

Les membres *réguliers* sont astreints à suivre toutes les conférences du Séminaire et à présenter dans chacune d'elles un certain nombre de travaux dans le courant du semestre.

Les membres *libres* doivent être inscrits à trois conférences au moins, choisies dans le programme du Séminaire. Si le temps et le nombre des membres

le lui permet, le professeur acceptera des travaux présentés par des membres libres.

Les conditions d'admission aux Cours de vacances sont les mêmes que pour l'admission au Séminaire. Cependant les participants aux Cours de vacances ne sont point immatriculés.

Ils reçoivent sur leur demande un certificat d'inscription signé par le Doyen de la Faculté des Lettres et par le Secrétaire-Administrateur.

Chapitre V. — *Dispositions financières.*

Les membres réguliers du Séminaire doivent se faire inscrire et acquitter les droits d'inscription dans la quinzaine qui suit l'ouverture des cours. Passé ce délai, nul n'est inscrit sans une autorisation spéciale du Doyen de la Faculté.

Les membres libres sont soumis aux mêmes délais d'inscriptions que tous les autres étudiants de l'Université.

Les délais et le droit d'inscriptions pour les Cours de vacances sont fixés chaque année par le Département de l'Instruction publique sur le préavis de la Commission et annoncés dans le programme spécial de ces cours.

Les inscriptions se prennent auprès du Secrétaire-caissier de l'Université.

L'inscription au Séminaire comporte :

- a. Le droit d'immatriculation de Fr. 20 (Règlement de l'Université, art. 23).
- b. La rétribution pour les cours et conférences, fixée à Fr. 5 par semestre pour une heure de leçon par semaine (art. 24). Les membres réguliers paient en outre, en s'inscrivant pour l'examen du certificat, la somme de Fr. 50, dont la moitié leur est rendue en cas d'insuccès (voir Règlement de l'Université, art. 27).

Chapitre VI. — *Du certificat.*

Les membres réguliers sont seuls admis à se présenter à l'examen pour le certificat d'aptitude. Ceux d'entre eux qui n'auront pas remis au cours du semestre d'hiver les travaux réglementaires, auront perdu le droit de se présenter à l'examen.

Chaque professeur ou maître auxiliaire appréciera par une note d'ensemble les travaux qu'un membre régulier lui aura présentés pendant le semestre. Cette note sera combinée avec celles des épreuves orales de l'examen.

L'examen du certificat a lieu devant un jury composé des membres de la Commission, des maîtres auxiliaires et de personnes choisies par le Département.

Le jury apprécie la valeur de chaque épreuve par des chiffres, le maximum étant 6. Le candidat est *admis* quand la moyenne de ces chiffres atteint 4; il est *admis avec approbation* quand la moyenne des chiffres est comprise entre $4\frac{1}{2}$ et $5\frac{1}{4}$; il est *admis avec approbation complète* quand la moyenne des chiffres dépasse $5\frac{1}{4}$. Toutefois si l'une des notes est inférieure à 2, ou si deux notes sont inférieures à 3, le candidat n'est pas admis.

L'examen comprend des épreuves orales et des épreuves écrites. Le candidat ne pourra se présenter aux épreuves écrites que s'il a subi avec succès les épreuves orales.

Epreuves orales :

1. Traduction en français d'un auteur étranger (allemand, anglais ou italien);
2. Explication d'un auteur français moderne;
3. Interrogation sur l'histoire de la littérature française moderne;
4. Interrogation sur la phonologie du français;
5. Un exercice de diction;
6. Une leçon de lecture ou de grammaire française donnée à des enfants et suivie d'une interrogation sur la méthode d'enseignement (durée: 20 à 30 minutes);

7. Une leçon de français sur un sujet d'histoire ou de littérature française moderne, indiquée 24 heures à l'avance; durée: 30 minutes).

Epreuves écrites :

1. Une dictée française;
2. Une traduction du français en langue étrangère (allemand, anglais ou italien);
3. Une traduction de langue étrangère en français accompagnée d'un commentaire grammatical;
4. Une dissertation française sur un sujet d'histoire littéraire ou de critique.

Les traductions se font sans dictionnaire ni lexique.

Le temps accordé aux candidats est de 1 heure pour la dictée, de 3 heures pour chaque traduction, de 5 heures pour la dissertation.

Dans les épreuves orales, la facilité d'élocution, la correction du langage et la prononciation; dans les épreuves écrites, le style (langue, grammaire et vocabulaire), seront des éléments essentiels de l'appréciation du jury.

Le certificat contiendra des renseignements sur les aptitudes du candidat, sur ses travaux dans les conférences et sur les épreuves de son examen. Il sera signé par le Recteur, le Doyen de la Faculté et l'Administrateur du Séminaire.

Cours et conférences du Séminaire.

Littérature française moderne. Etudes des sources pour l'histoire de la littérature et de la langue française moderne.

Méthodes et exercices pratiques d'enseignement du français.

Histoire des mœurs, de la civilisation et des institutions en pays de langue française dans les temps modernes.

Lecture analytique d'auteurs français modernes.

Stylistique (traduction de la langue étrangère en français).

Phonologie.

Syntaxe du français depuis le XVI^{me} siècle; gallicismes.

Composition et improvisation.

Prononciation et diction.

Exercices écrits de langue et de style.

Des groupes de conversation pourront être organisés; ceux des membres qui voudront en faire partie auront à prendre une inscription spéciale.

Sur la demande de la Commission, les membres du Séminaire pourront exceptionnellement être autorisés par le Département de l'Instruction publique et dans les conditions déterminées par lui, à assister à des leçons dans les Ecoles secondaires et primaires du Canton.

49. 10. Règlement de l'Ecole dentaire de Genève. (Du 25 mars 1902.)

Chapitre premier. — De l'Ecole.

Art. 1^{er}. L'Ecole dentaire a pour but l'enseignement scientifique et professionnel de l'art dentaire. (Loi, art. 165.)

Cet enseignement se donne soit à l'Université, soit à l'Ecole dentaire. (Loi, art. 166.)

Art. 2. La direction scientifique de l'Ecole dentaire, ainsi que le maintien de l'ordre et de la discipline, est confiée à une Commission de sept membres portant le nom de „Commission de l'Ecole dentaire“.

Elle est nommée tous les deux ans par le Conseil d'Etat, qui en désigne le président. Elle doit contenir deux professeurs de l'Université et deux professeurs de l'Ecole dentaire. (Loi, art. 176.)

Le président est nommé pour une année. Ses fonctions peuvent être renouvelées.

Art. 3. Les attributions de la Commission sont les suivantes :

- a. Veiller à la stricte observation de la Loi et des règlements ;
- b. Imprimer à l'Ecole une direction scientifique et surveiller la bonne marche des études ;
- c. Statuer sur l'admission des élèves ;
- d. Préparer les programmes et les horaires des cours ;
- e. Diriger les examens et délivrer les diplômes ;
- f. Veiller à la discipline de l'Ecole.

Art. 4. Le président convoque la Commission et dirige les débats. — Les décisions de la Commission sont prises à la majorité absolue des votants.

Chapitre II. — *Corps enseignant.*

Art. 5. L'enseignement est donné à l'Université par des professeurs de l'Université et à l'Ecole dentaire par les professeurs de l'Ecole.

Art. 6. Il peut être nommé des chargés de cours par le Conseil d'Etat, sur le préavis de la Commission de l'Ecole. Les assistants sont nommés par le Conseil d'Etat, sur la présentation des professeurs intéressés. Leur traitement est fixé par le Conseil d'Etat.

Ces fonctions sont annuelles, mais la même personne peut être nommée plusieurs années de suite.

Art. 7. Un mécanicien est attaché à l'établissement.

Il est placé sous la direction du professeur chargé de l'enseignement de la prothèse, et nommé sur sa présentation. Ses fonctions sont annuelles et renouvelables.

Art. 8. Le Département, après avoir pris le préavis de la Commission de l'Ecole dentaire, peut autoriser les personnes qui en feront la demande, à donner des cours de privat-docent dans l'Ecole dentaire.

Le Département fixe la rétribution de ces cours qui appartient au privat-docent. Ils peuvent être gratuits, moyennant l'approbation du Département. (Loi, art. 175.)

Art. 9. Si, pour une raison quelconque, le privat-docent ne fait pas son cours, il doit en prévenir le Département dans le premier mois du semestre. Si cette formalité n'est pas remplie, le Département peut refuser au privat-docent, pour le semestre suivant, l'autorisation d'enseigner à l'Ecole dentaire.

Les personnes admises à faire un cours à l'Ecole dentaire ne peuvent prendre le titre de privat-docent que pendant la durée de leur enseignement effectif.

Chapitre III. — *De l'enseignement.*

Art. 10. La durée des études nécessaires pour subir l'examen professionnel et obtenir le diplôme de licencié en chirurgie dentaire est de sept semestres au moins.

Art. 11. L'enseignement est scientifique et professionnel. Il comprend les matières suivantes :

A. A la Faculté des sciences.

Physique. — Chimie inorganique et organique. — Botanique. — Zoologie et anatomie comparée. — Travaux pratiques de chimie.

B. A la Faculté de médecine.

Anatomie humaine normale. — Histologie normale. — Embryologie. — Physiologie. — Stomatologie normale. — Stomatologie pathologique. — Pathologie et anatomie pathologique générales. — Chirurgie générale. — Clinique chirurgicale. — Policlinique chirurgicale. — Travaux pratiques : a. d'anatomie, b. d'histologie, c. d'embryologie et de stomatologie.

C. A l'Ecole dentaire.

Clinique dentaire et stomatologique. — Pathologie et thérapeutique spéciale de la bouche et de l'appareil dentaire. — Hygiène de la bouche et des dents. — Matière médicale. — Chirurgie dentaire. — Anesthésie. — Obturation. Aurification. — Prothèse. — Travaux pratiques dans les ateliers.

Art. 12. Les vacances de l'Ecole dentaire sont les mêmes que celles de l'Université.

Chapitre IV. — Conditions d'admission.

Art. 13. Les cours de l'Ecole dentaire sont suivis par des élèves réguliers et par des externes. (Loi, art. 167.)

Art. 14. Sont inscrits comme élèves réguliers :

- a. Les jeunes gens sortis de l'une des sections du Gymnase avec un certificat de maturité;
- b. Les jeunes gens qui, sans avoir suivi les cours du Gymnase, subissent néanmoins d'une manière satisfaisante, devant une Commission nommée par le Département de l'Instruction publique, des examens sur le champ d'études d'une des sections du Gymnase;
- c. Ceux qui prouvent le même degré d'instruction par des diplômes ou des certificats jugés équivalents par la Commission de l'Ecole dentaire.

Art. 15. Les élèves externes sont exemptés des formalités d'admission prévues à l'art. 14, mais ils ne sont pas admis à subir les examens.

Les élèves n'ayant pas subi avec succès l'examen propédeutique médical fédéral ou le baccalauréat ès sciences médicales de Genève pourront, à titre exceptionnel, être reçus aux cours pratiques de l'Ecole dentaire pendant un semestre. Les auditeurs, admis aux cours théoriques, doivent avoir dix-huit ans accomplis.

Les élèves réguliers auront toujours la priorité sur les externes.

Chapitre V. — Dispositions financières.

Art. 16. La fréquentation des cours, ainsi que les travaux pratiques dans les laboratoires et les ateliers, est obligatoire pour les élèves réguliers.

Art. 17. Les élèves sont tenus, dans la première quinzaine de chaque semestre, de se faire inscrire et d'acquitter les droits des cours qu'ils doivent suivre. Passé ce délai, il est perçu une surtaxe de 5 francs. Les inscriptions pour les cours et laboratoires de l'Université sont reçues au bureau du secrétaire-caissier; celles pour les cours et laboratoires de l'Ecole dentaire au Département de l'Instruction publique, Hôtel de Ville. Le carnet des élèves réguliers doit être signé à la fin de chaque semestre pour que celui-ci soit valable.

Art. 18. Les rétributions pour les cours suivis dans la Faculté des sciences et dans la Faculté de médecine sont de 5 francs par semestre pour une heure de cours par semaine.

Les élèves réguliers paient 50 francs par semestre pour chaque cours spécial donné à l'Ecole dentaire, ainsi que pour les travaux dans les ateliers.

Cette finance est portée, pour les élèves externes, à 60 francs.

Le Département peut, dans des cas spéciaux, après avoir demandé le préavis de la Faculté intéressée ou de la Commission de l'Ecole dentaire, dispenser les élèves réguliers suisses de tout ou partie des rétributions concernant les cours théoriques donnés à l'Université ou les cours théoriques et pratiques donnés à l'Ecole dentaire. (Loi, art. 170.)

Art. 19. Le droit pour l'examen propédeutique est de 50 francs, et pour l'examen professionnel, donnant droit au diplôme, de 300 francs. En cas d'insuccès, la moitié de la somme est remboursée au candidat. (Loi, art. 171.)

Art. 20. Les élèves réguliers et les externes se pourvoient à leurs frais des instruments qui leur sont nécessaires, ainsi que des substances qu'ils emploient dans les travaux pratiques. (Loi, art. 172.)

Chapitre VI. — *Des examens.*

Art. 21. Les élèves réguliers de l'Ecole dentaire sont appelés à passer: 1^o l'examen propédeutique; 2^o l'examen professionnel donnant droit au diplôme de licencié en chirurgie dentaire de l'Ecole dentaire de Genève.

L'examen propédeutique est divisé en deux sections qui peuvent se faire dans deux sessions différentes: la partie scientifique et la partie médicale.

L'examen professionnel se subdivise en examens pratiques (comprenant aussi les examens écrits) et en examens oraux (v. art. 45).

Art. 22. Les examens ont lieu à la fin de chaque semestre. Ils sont publics.

Quinze jours au moins avant chaque session d'examens, les candidats doivent déposer, au Département de l'Instruction publique, 1^o une demande d'admission à l'examen; 2^o leur livret, muni des attestations réglementaires; 3^o les certificats constatant qu'ils ont suivi les travaux pratiques et les laboratoires exigés par le Règlement.

Art. 23. Les examens ont lieu devant un jury composé des professeurs „enseignants“, de membres de la Commission ou de personnes désignés par le Département de l'Instruction publique.

Art. 24. La Commission de l'Ecole dentaire peut dispenser de tout ou partie de l'examen propédeutique les personnes munies de titres reconnus équivalents. En aucun cas elle ne dispense de l'examen professionnel. Les personnes dispensées de tout ou partie d'un examen doivent en acquitter la finance auprès du secrétaire de l'Ecole. Cette finance sera capitalisée en vue de la création d'un prix de l'Ecole.

Examens pratiques.

Art. 25. Le choix des questions et des sujets, pour les examens pratiques, est laissé à la libre appréciation de l'examineur.

Pour les examens pratiques, les sujets choisis par l'examineur seront répartis par tirage au sort entre les candidats.

La note définitive est donnée par la moyenne des notes de l'examineur et des membres du jury.

Durant les examens professionnels, l'examineur doit surveiller constamment les travaux pratiques.

Les procès-verbaux des examens pratiques doivent porter les signatures de tous les examinateurs qui y ont pris part.

Examens écrits.

Art. 26. Tous les travaux écrits doivent être faits à huis-clos et sans aucune aide. Les sujets d'examen sont tirés au sort. Ce tirage au sort se pratique comme suit: l'examineur prépare autant de bulletins qu'il y a de candidats présents; chaque bulletin contient l'énoncé de trois sujets et le candidat rédige une composition sur l'un de ces trois sujets, à son choix.

Le candidat a trois heures au maximum pour rédiger son travail écrit. Une fois terminé, le travail est immédiatement remis à l'examineur.

Plusieurs candidats peuvent travailler en même temps, dans une même salle, sous la surveillance d'un examinateur.

Les travaux écrits doivent être lus par l'élève devant la commission d'examen.

Examens oraux.

Art. 27. Le choix du sujet ou des questions est laissé au gré de l'examineur, qui peut toutefois procéder par tirage au sort.

Art. 28. Aux examens oraux, les candidats doivent être examinés un à un, en alternant entre eux.

Le président, l'examineur et au moins un deuxième membre de la commission doivent être constamment présents.

La durée de l'examen oral, pour chaque branche, est de 15 minutes au maximum.

Notes.

Art. 29. Pour chaque partie de l'examen pratique, pour chaque travail écrit et pour chaque partie de l'examen oral, il est donné au candidat une note exprimée en chiffres.

Les notes sont établies immédiatement après chaque examen individuel.

La meilleure note correspond au chiffre 6, la plus faible au chiffre 1.

Les notes doivent, autant que possible, être exprimées en nombres entiers. Toutefois, la commission d'examen peut faire usage de demi-points.

Les notes se divisent en notes spéciales et en notes principales (voir les formulaires de procès-verbaux annexés au présent règlement).

Lorsqu'il y a plusieurs notes spéciales pour une même branche, c'est la moyenne de celles-ci qui constitue la note principale.

Détermination du résultat des examens.

Art. 30. Une moyenne des notes principales inférieure à 3,5 exclut le candidat de l'admission à une nouvelle section d'examens ou, cas échéant, de l'obtention du diplôme. Il en est de même lorsque le candidat a reçu une note principale inférieure à 2, ou deux notes principales inférieures à 3, ou trois notes principales inférieures à 4; ou encore lorsqu'il a reçu deux notes spéciales inférieures à 2, ou quatre notes spéciales inférieures à 3.

Art. 31. Le résultat de la partie pratique de l'examen professionnel décide de l'admission à la partie orale; le résultat de cette dernière décide de l'admission à l'examen de thèse.

Ces trois sections de l'examen, subies avec succès, donnent droit à l'obtention du diplôme, après le dépôt au musée de l'Ecole d'une pièce de prothèse.

La commission d'examens a le droit de fixer aux candidats qui ont échoué dans l'un ou l'autre des examens, un délai maximum d'un an avant l'expiration duquel ils ne peuvent se présenter à nouveau.

Procès-verbaux d'examens.

Art. 32. Une copie du procès-verbal est délivrée au candidat pour chacune des sections d'examens qu'il a subies avec succès. Cette copie, revêtue de la signature du président de la commission d'examens, indique les notes obtenues et précise, s'il y a lieu, combien de fois le candidat a échoué et dans quel délai il peut se présenter à nouveau.

Diplômes.

Art. 33. Le candidat qui a subi avec succès les épreuves prévues par le règlement, reçoit le diplôme de licencié en chirurgie dentaire, délivré par le Département de l'Instruction publique. Ce diplôme confère à son porteur le droit d'exercer la profession de dentiste dans l'Etat de Genève.

Ce diplôme est signé par le chef du Département de l'Instruction publique, par le président et le secrétaire de la commission de l'Ecole dentaire. Il est revêtu du sceau du Département de l'Instruction publique et de celui de l'Ecole dentaire.

Examens subis à nouveau.

Art. 34. Le candidat qui a échoué dans l'une des sections de l'examen peut se présenter à la prochaine session, à moins que la commission ne lui ait imposé un ajournement plus long.

Les candidats qui, pendant l'examen, se conduisent d'une manière inconvenante ou se rendent coupables d'actes de déloyauté ou de tromperie, peuvent être exclus de l'examen par décision de la commission et sont considérés comme ayant échoué.

Le candidat qui a échoué trois fois aux examens d'une même section ne peut plus se présenter.

Art. 35. Tout candidat qui a échoué dans l'une des sections d'examen précédent l'examen professionnel, doit de nouveau subir toutes les épreuves de cette section.

Lorsqu'un candidat se présente de nouveau à l'examen professionnel, la commission peut l'exempter de la partie pratique de celui-ci lorsqu'il en est sorti la première fois avec une moyenne égale ou supérieure à 5; il devra subir à nouveau l'examen oral.

Renonciation à l'examen.

Art. 36. Tout candidat qui désire se retirer après avoir déposé sa demande d'inscription, doit en avertir le Département de l'Instruction publique par écrit.

La taxe d'examen ne sera remboursée que si le candidat a fait connaître son désistement au moins deux jours avant l'ouverture des examens.

Les candidats qui se retirent après l'ouverture d'une série d'examens, de même que ceux qui font défaut à un examen sans en avoir préalablement informé la commission, seront considérés comme ayant échoué et ne seront remboursés que de la moitié de la finance d'examen.

Absence du candidat.

Art. 37. Lorsque, pour cause de maladie ou toute autre raison jugée valable par la commission d'examens, le candidat ne peut continuer un examen commencé, la commission est autorisée, sur demande écrite du candidat, à lui tenir compte, dans la série d'examens suivante, des épreuves déjà subies. Il devra joindre à sa demande un certificat de médecin ou d'autres pièces justificatives. Dans ce cas, le candidat n'a pas à payer de nouvelle taxe.

Un procès-verbal mentionne les branches ou sections d'examens dans lesquelles le candidat empêché de continuer a été examiné. Ce procès-verbal indique les motifs de l'interruption de l'examen et spécifie que le candidat ne doit pas être considéré comme ayant échoué.

Art. 38. Les taxes d'examens sont fixées comme suit: Examen de sciences naturelles Fr. 25; — examen d'anatomie et de physiologie Fr. 25; — examen professionnel et diplôme Fr. 300. (Loi, art. 171.)

Art. 39. Le prononcé du résultat des examens a lieu en séance publique.

A. Examen propédeutique.

Art. 40. L'examen propédeutique est divisé en deux sections: 1^o sciences naturelles; 2^o anatomie et physiologie.

1^o Examen de sciences naturelles.

Art. 41. Pour être admis à l'examen de sciences naturelles, le candidat doit:

- a. Remplir les conditions indiquées à l'art. 14;
- b. Produire des certificats constatant qu'il a suivi pendant deux semestres au moins des cours théoriques sur: 1. La physique; — 2. la chimie inorganique et organique; — 3. la botanique; — 4. La zoologie et l'anatomie comparée.
- c. Un certificat constatant qu'il a suivi, dans un laboratoire de chimie, des exercices pratiques pendant un semestre au moins: D'analyse qualitative et d'analyse quantitative élémentaire.

Art. 42. L'examen de sciences naturelles est oral; il porte sur les branches suivantes: 1. Physique; — 2. chimie inorganique et organique; — 3. botanique; — 4. zoologie et anatomie comparée.

Pour cet examen, il est donné quatre notes principales.

2^o Examen d'anatomie et de physiologie.

Art. 43. Pour être admis à l'examen d'anatomie, le candidat doit:

- a. Avoir subi avec succès l'examen de sciences naturelles.

- b. Avoir suivi pendant deux semestres au moins des cours théoriques: 1. d'anatomie; — 2. d'histologie; — 3. d'embryologie; — 4. de physiologie; — 5. de stomatologie normale.
- c. Avoir fréquenté pendant un semestre au moins les cours pratiques suivants: 6. Dissection des muscles, des vaisseaux et des nerfs de la tête et du cou; — 7. travaux pratiques d'histologie; — 8. travaux pratiques d'embryologie et de stomatologie.

Art. 44. L'examen d'anatomie et de physiologie est oral; il porte sur les branches suivantes: 1. anatomie; — 2. histologie, embryologie et stomatologie normale; — 3. physiologie, en insistant principalement sur leurs rapports avec l'art dentaire.

Pour chacune de ces branches il est donné une note principale.

B. Examen professionnel.

Art. 45. Pour être admis à l'examen professionnel, le candidat doit:

- a. Avoir subi avec succès l'examen d'anatomie et de physiologie.
- b. Avoir suivi des cours théoriques: 1. De pathologie et d'anatomie pathologique générales (un semestre); — 2. de chirurgie générale (un semestre); — 3. de stomatologie pathologique (un semestre); — 4. de pathologie, d'hygiène et de thérapeutique de l'appareil dentaire; — 5. d'hygiène de la bouche et des dents.
- c. Avoir fréquenté: 6. La Clinique chirurgicale (un semestre); — 7. la Polyclinique chirurgicale (un semestre); — 8. la Clinique dentaire et stomatologique (trois semestres).
- d. Il doit avoir exécuté pendant trois semestres des travaux pratiques de prothèse dentaire.
- e. S'être exercé, pendant trois semestres, à pratiquer les opérations dentaires, et plus particulièrement l'obturation d'après les diverses méthodes.

Art. 46. L'examen professionnel est composé de deux parties: a. Examen pratique et oral; b. Dépôt d'une pièce de prothèse et de la thèse. Les épreuves pratiques et orales de l'examen professionnel ont lieu dans une même session. Pour être admis à l'oral, il faut avoir subi avec succès l'examen pratique. (V. art. 31.)

Art. 47. L'examen pratique comprend:

1. Un travail écrit sur deux sujets tirés au sort, et relatifs à une partie quelconque de l'art dentaire.
2. L'examen d'un ou de deux malades atteints d'affections de la bouche. A la suite de cette épreuve, le candidat procèdera à une opération.
3. Deux obturations, dont une aurification au moins.
4. L'exécution et la mise en bouche d'un appareil de prothèse. Les substances à employer pour cela sont désignées par l'examineur.

Chacune des quatre parties de l'examen est appréciée par une note principale.

Art. 50. L'examen oral porte sur les branches suivantes:

1. Stomatologie pathologique et anatomie pathologique générale.
2. Hygiène, pathologie et thérapeutique de la bouche et des dents, y compris la matière médicale et l'anesthésie.

Pour cet examen il est donné deux notes principales.

Art. 51. La thèse, sur un sujet relatif à l'art dentaire, au choix du candidat, doit être soutenue publiquement devant la commission et admise par elle; cette thèse, manuscrite ou imprimée, peut être rédigée dans une des trois langues nationales, mais doit être soutenue en français; le manuscrit ou 50 exemplaires imprimés de la thèse devront être déposés à l'Ecole un an au plus tard après l'examen oral, sauf autorisation toute spéciale de la commission.

Art. 52. Les personnes qui ont subi avec succès l'examen professionnel reçoivent le diplôme de licencié en chirurgie dentaire de l'Ecole dentaire de Genève.

Art. 53. Les médecins ayant droit de pratique, ainsi que les dentistes diplômés, ayant subi avec succès les examens de maturité et propédeutiques (ou justifiant de titres reconnus équivalents par la commission de l'Ecole), peuvent obtenir le diplôme de licencié en chirurgie dentaire après avoir suivi, comme élève régulier, le cours de stomatologie normale et pathologique, l'enseignement de deux semestres à l'Ecole et passé avec succès l'examen professionnel.

Les médecins ayant droit de pratique peuvent être dispensés, par la commission, de certaines épreuves de l'examen professionnel; en aucun cas ils ne seront dispensés de la thèse et du dépôt de la pièce de prothèse (v. art. 21, 2^{me} alinéa).

Art. 54. Les médecins-chirurgiens-dentistes diplômés de l'Ecole dentaire de Genève et les dentistes diplômés par la Confédération suisse peuvent obtenir en tout temps le diplôme de licencié en chirurgie dentaire en déposant une pièce de prothèse et en soutenant la thèse prévue à l'art. 51. Toutefois, la commission statue sur chaque cas particulier.

Ils doivent acquitter un droit de 180 francs.

Dispositions transitoires.

Le présent règlement entrera en vigueur au début du semestre d'été 1902. Les étudiants antérieurement inscrits à l'Ecole peuvent user des dispositions de l'ancien règlement jusqu'à la fin de leurs études.

50. 11. Modifications au Règlement concernant le Baccalauréat ès-sciences à l'Université de Genève. (Du 21 novembre 1902.)

Art. 1^{er}. Premier alinéa. — Pas de changement.

Deuxième alinéa. — Le semestre d'hiver s'ouvre le 15 octobre.

Les dix premiers jours sont consacrés aux examens de grades et aux examens complémentaires. Les cours commencent le 25 octobre et se terminent le 22 mars.

Troisième alinéa. — Pas de changement.

Quatrième alinéa. — *Les derniers jours* de ce semestre sont consacrés aux examens de fin d'année et aux examens de grades.

Cinquième alinéa. — Pas de changement.

Art. 51. Les candidats qui ont partagé l'examen oral en deux sessions peuvent, dès la première session, subir l'examen écrit dans les branches pour lesquelles ils ont obtenu à l'épreuve orale un chiffre supérieur à 3. Sauf cette réserve, ils ne subissent l'examen écrit que si l'examen oral a été déclaré admissible.

Art. 52. — *Baccalauréat ès-sciences mathématiques.*

L'examen oral comprend: 1. Algèbre et géométrie, 2. Calcul différentiel et intégral, 3. Mécanique, 4. Astronomie, 5. Géographie physique et météorologie, 6. Physique, 7. Chimie inorganique, 8. Cristallographie.

L'examen écrit se compose de réponses à des questions sur: 1. Algèbre et géométrie, 2. Calcul différentiel et intégral, 3. Mécanique, 4. Astronomie, 5. Physique.

Art. 53. *Baccalauréat ès-sciences physiques et chimiques.*

L'examen oral comprend: 1. Physique, 2. Chimie, 3. Minéralogie, 4. Algèbre et géométrie, 5. Calcul différentiel et intégral, 6. 7. Deux des branches suivantes au choix du candidat: Zoologie et anatomie comparée, Géologie, Organo-

graphie et Physiologie botanique, Classification botanique, Géographie physique et Météorologie, Mécanique.

L'examen écrit se compose de réponses à des questions sur: 1. Physique, 2. Chimie, 3. Minéralogie, 4. Algèbre et géométrie ou calcul différentiel et intégral.

Art. 54. — *Baccalauréat ès-sciences physiques et naturelles.*

L'examen oral comprend: 1. Physique, 2. Chimie, 3. Minéralogie, 4. Paléontologie et géologie, 5. Organographie et Physiologie botanique, 6. Classification botanique, 7. Zoologie, 8. Anatomie comparée.

L'examen écrit se compose de réponses à des questions sur: 1. Physique, 2. Chimie, 3. Paléontologie et géologie, 4. Botanique, 5. Zoologie et anatomie comparée.

51. 12. Arrêté modifiant les articles 40, 41 et 42 du Règlement de l'Université de Genève du 6 octobre 1896 (Licence et Lettres). (Du 6 décembre 1902.)

Art. 40 du Règlement général. Pour obtenir le grade de licencié ès-lettres, on doit subir deux examens successifs, dans deux sessions différentes, qui ne doivent pas, sauf autorisation spéciale, être séparées par un intervalle de plus de quatre semestres. En cas d'échec, ce délai est prolongé de deux semestres.

Chacun des deux examens consiste en épreuves écrites et en épreuves orales. L'on ne peut se présenter aux épreuves orales qu'après avoir subi avec succès les épreuves écrites, dans la même session.

Les candidats versent avant chaque examen une somme de 50 francs, qui est réduite de moitié pour les bacheliers ès-lettres de l'Université de Genève. En cas d'insuccès, la moitié de la somme versée est rendue.

Art. 41. Les candidats à la licence ès-lettres doivent être immatriculés dans la Faculté des Lettres.

Sont admis à se présenter au premier examen:

Les bacheliers ès-lettres de l'Université de Genève; les étudiants qui ont obtenu le certificat de maturité de la Section classique ou de la Section réelle du Gymnase de Genève; les étudiants qui produisent des titres équivalents.

Les candidats doivent justifier de quatre semestres d'étude régulières à la Faculté des Lettres, ou d'études équivalentes.

Le Bureau, sur le préavis de la Faculté, statue sur ces équivalences.

Pour être admis à se présenter au second examen, il faut avoir subi le premier avec succès. De plus, les candidats doivent fournir la preuve qu'ils ont, durant un semestre au moins, pris une part active à trois conférences dirigées par des professeurs de la Faculté. Ceux qui ne satisfont pas à cette condition, sont tenus de présenter, trois mois avant l'examen, un travail de leur composition portant sur l'une des branches principales du programme. La Faculté statue sur l'admissibilité d'après le rapport des professeurs compétents.

Le Bureau peut dispenser totalement ou partiellement du premier examen les candidats munis de diplômes ou de certificats jugés équivalents par la Faculté. Mais en aucun cas le second examen ne saurait être restreint.

Les candidats dispensés du premier examen verseront la somme de 100 francs en s'inscrivant pour le second.

Art. 42. Le premier examen se compose des épreuves suivantes:

Epreuves écrites.

1. Une dissertation française. — 2. Une version latine.

Epreuves orales.

1. Explication d'un texte français. — 2. Explication d'un texte latin. — 3. Explication d'un texte grec. — Pour les candidats à la licence *ès-lettres*

modernes, cette épreuve peut être remplacée par une interrogation sur la littérature grecque. — 4. Une interrogation sur l'histoire générale. — 5. Une interrogation sur l'histoire de la philosophie. — 6. Une interrogation sur la littérature française. — 7. Les candidats doivent prouver qu'ils comprennent à livre ouvert un ouvrage de critique littéraire ou d'histoire, écrit en allemand.

Le second examen se compose d'épreuves spéciales à l'ordre d'études choisi par le candidat parmi les suivants: *lettres classiques, lettres modernes, histoire, philosophie*. Il est fait mention sur le diplôme de l'ordre d'études choisi par le candidat.

I. Lettres classiques. — Epreuves écrites.

1. Une dissertation française. — 2. Une dissertation latine. — 3. Un thème grec.

Epreuves orales.

1. Explication d'un texte français. — 2. Explication d'un texte latin. — 3. Explication d'un texte grec. — 4. Une interrogation sur les littératures grecque et latine. — 5. Une interrogation sur l'archéologie grecque et romaine. Cette épreuve peut être remplacée par une interrogation sur la grammaire historique du grec ou celle du latin, ou bien par l'explication d'un texte sanscrit. — 6. Une interrogation sur la linguistique générale et la philologie.

II. Lettres modernes. — Epreuves écrites.

1. Une dissertation française. — 2. Une dissertation en langue allemande, anglaise, italienne ou espagnole, au choix du candidat. — 3. Une version d'un texte appartenant à une autre de ces quatre langues, au choix du candidat.

Epreuves orales.

1. Explication d'un texte français. — 2. Explication d'un texte de la langue étrangère choisie pour la deuxième épreuve écrite. — 3. Une interrogation sur l'histoire de cette langue. — 4. Une interrogation sur la littérature de cette langue. — 5. Une interrogation sur l'histoire de la langue française. — 6. Une interrogation sur la linguistique générale et la philologie, ou sur une deuxième littérature étrangère enseignée à la Faculté.

III. Histoire. — Epreuves écrites.

1. Une dissertation sur un sujet d'histoire générale. — 2. Une dissertation sur un sujet emprunté à une partie de l'histoire dont le candidat aura fait une étude spéciale. — 3. Une dissertation sur un sujet tiré d'une autre discipline historique enseignée à la Faculté, au choix du candidat.

Epreuves orales.

1. Explication d'un texte historique français. — 2. Explication d'un texte historique latin. — 3. Explication d'un texte historique grec, allemand, anglais ou italien, au choix du candidat. — 4. Explication d'une inscription grecque, ou d'une inscription latine, ou d'une charte (latine ou française) du moyen âge, au choix du candidat. — 5. Une interrogation sur l'histoire nationale (Suisse et Genève).

IV. Philosophie.

Le candidat désignera, avec l'assentiment de la Faculté, trois branches de la philosophie et une période de l'histoire de la philosophie, sur lesquelles devront porter les épreuves. Il fera également agréer par la Faculté le choix des textes qu'il doit expliquer et dont l'un, au moins, devra se rapporter à la période particulièrement étudiée en vue de l'examen.

Epreuves écrites.

1. Une dissertation sur une question de philosophie. — 2. Une dissertation sur une question d'histoire de la philosophie.

Kanton Genf, Loi créant un enseignem. compl. dest. à accorder le programme 193 de l'éc. sec. et sup. d. j. filles avec celui de l'Université de Genève.

Epreuves orales.

1 et 2. Explication de deux textes philosophiques en deux langues différentes, grecque, latine, française, allemande ou anglaise, au choix du candidat.
— 3 et 4. Deux interrogations de philosophie.

Un mois avant chacun des examens de la licence ès-lettres, les candidats indiqueront exactement au doyen, en tenant compte de toutes les possibilités d'option, sur quelles parties du programme général ils désirent subir leurs épreuves.

En s'inscrivant pour le second examen, ils peuvent demander l'autorisation d'être interrogés sur d'autres matières enseignées par les professeurs de l'Université. La moitié des notes obtenues pour chacune de ces épreuves extraordinaires est ajoutée, quand la note dépasse $4\frac{1}{2}$, au résultat des épreuves réglementaires.

Dispositions transitoires.

Le présent règlement entrera en vigueur dès le commencement de l'année universitaire 1902/1903.

Toutefois, les étudiants immatriculés auparavant dans la Faculté pourront, jusqu'à la fin de 1905, subir leurs examens conformément à l'ancien règlement. Pour profiter de cette disposition, ils devront informer de leur désir le Doyen un mois avant l'examen.

Anhang.

52. 1. Loi créant un enseignement complémentaire destiné à raccorder le programme de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles avec celui de l'Université du canton de Genève. (Du 3 novembre 1900.)

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève fait savoir que;
Le Grand Conseil, sur la proposition du Conseil d'Etat;

Décète ce qui suit:

Art. 1^{er}. Il est créé, dans la division supérieure de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles, un enseignement complémentaire destiné à raccorder le programme de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles avec celui de l'Université.

Art. 2. Cet enseignement sera donné dans les 2^{me} et 1^{re} classes actuelles et dans une nouvelle classe complémentaire faisant suit à la première.

Art. 3. Exceptionnellement pour les années 1900—1901 et 1901—1902, cet enseignement sera réparti sur deux années d'études seulement.

Art. 4. Cet enseignement complémentaire comprend les branches suivantes: le français, le latin, l'allemand, la littérature ancienne, l'histoire de la civilisation, la logique et la psychologie, l'arithmétique théorique, l'algèbre, la trigonométrie, des exercices de mathématiques, la géométrie analytique et synthétique, des calculs de physique et des éléments de mécanique.

Art. 5. Les maîtres et maîtresses chargés de ce nouvel enseignement recevront un traitement fixé par le Conseil d'Etat, dans les limites de l'article 13 de la loi du 1^{er} juin 1898. Les élèves payent pour l'année complémentaire comme pour les années supérieures une somme de 30 francs par semestre.

Art. 6. Il sera rendu compte de la dépense supplémentaire causée par cette création dans le rapport financier de 1900.

Le Conseil d'Etat est chargé de faire promulguer les présentes dans la forme et le terme prescrits.